



über die 1. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, 25. Februar 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dyduch
Frau Hartig
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Jacobsmeier
Frau Scharrenbach
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann
Herr Hinterseer
Herr Kaczmarek
Herr Maidorn
Frau Schlickhoff
Herr Theis
Herr Töpfer

Beratendes Mitglied BG

Herr Milewski

Beratende Mitglieder

Herr Kalle
Herr Kampmann
Herr Krampe
Frau Dr. Krumme
Herr Suk

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Dunker
Frau Harmsma
Herr Peske

entschuldigt fehlten

Frau Bartosch
Herr Brumberg
Herr Büchel
Frau Diester
Frau Lübke
Herr Treese

Frau **Dyduch** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder und die anwesende Presse. Sodann stellte sie den ordnungsgemäßen Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde Frau Dr. Krumme vom Gesundheitsamt verpflichtet.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht, so dass nach der nachfolgenden Tagesordnung verfahren wurde:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Einrichtung eines Fördervereines für Teilbereiche der Jugendhilfe	20/2003
2.	Offene Jugendarbeit in Heeren-Werve hier: - Sachstandsbericht der Verwaltung - Antrag der SPD-Fraktion vom 27.11.2002 - Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2003	
3.	Mobile Jugendsozialarbeit für junge Migrantinnen und Migranten hier: Antrag der CDU-Fraktion	21/2003
4.	Offene Ganztagschule im Primarbereich hier: - Sachstandsbericht der Verwaltung - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.02.2003	
5.	Ferienfreizeit für Kinder in Ängelholm / Schweden	12/2003
6.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

20/2003

Einrichtung eines Fördervereines für Teilbereiche der Jugendhilfe

Herr **Brüggemann** erklärte, dass es im Fachbereich Jugend bereits erste Gespräche zur Einrichtung eines Fördervereins für Teilbereiche der Jugendhilfe gegeben hätte. Mit Zustimmung des Jugendhilfeausschusses würde ein abgestimmtes Konzept in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Fördervereines für Teilbereiche der Jugendhilfe, speziell für die Bereiche „Offene Jugendarbeit“ und „Ergänzende Hilfen zur Erziehung“, zu prüfen. Bei positiver Einschätzung sind die konkreten Ziele zur Gründung eines Vereines und die Möglichkeiten der Umsetzung in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Offene Jugendarbeit in Heeren-Werve

hier: - Sachstandsbericht der Verwaltung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.11.2002
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.02.2003

Herr **Dunker** berichtete, dass es bereits erste Gespräche zur Weiterführung der offenen Jugendarbeit gegeben hätte. Es werde versucht, Konzeptionen zu entwickeln, damit der gleiche qualitative Standard der Jugendarbeit bei einer Schließung des Jugendzentrums beibehalten werden könne.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass das Jugendzentrum in der Woche von montags bis freitags mit einem Stundenumfang von 32 Stunden geöffnet hätte. Zur Zeit wären 2 Fachkräfte und ein Jahrespraktikant beschäftigt. Des Weiteren fände in den Räumen des Jugendzentrums das SiT-Programm statt. Darüber hinaus würden Räume von den Funkern (DARC) und von Bands benutzt. Zusätzlich würden momentan noch 4 Kurse von Honorarkräften geleitet werden.

Zu den Anträgen sei zu sagen, dass es grundsätzlich möglich wäre, Schüler in den Räumen des Jugendzentrums aufzunehmen. Deshalb seien bereits zur Weiterführung der Jugendarbeit Gespräche mit der Evangelischen Kirche geführt worden, um die Möglichkeit zu erörtern ein gemeinsames Angebot mit der Evangelischen Kirche in deren Räumen zu organisieren für den Fall, dass die parlamentarischen Gremien mit Blick auf den einstimmigen Prüfauftrag eine Nutzung der Räume des Jugendzentrums Heeren als Schulraum beschließen. Von Seiten der Schulverwaltung werde geprüft, ob eine Aufnahme der Schüler zu Beginn des nächsten Schuljahres möglich sei.

Herr **Kampmann** führte an, dass es nicht günstig sei, Schule und Jugendhilfe gegeneinander zu setzen. Des Weiteren sei zu bemerken, dass der Antrag der SPD-Fraktion für einen Prüfauftrag am 05.12.2002 bei der Stadtverwaltung eingegangen sei. Am 03.12.2002 habe Herr

Flaskamp auf der Schulleiterdienstbesprechung schon mitgeteilt, dass die Räume des Jugendzentrums zur Verfügung ständen. Die Schule sei an dem Verfahren, nach seiner Ansicht, zu spät beteiligt worden. Der Orts-termin am 05.02.2003 hätte kein einheitliches Ergebnis geliefert, ob und in welcher Form die Räume genutzt werden können. Jedoch sei schon jetzt klar, dass die Käthe-Kollwitz-Schule mit den Räumen des Jugendzentrums weniger Platz hätte als noch vor 20 Jahren. Damals seien es 205 Schüler gewesen, heute bereits 255 Schüler. Es könnte daher nicht von einer temporären Lösung gesprochen werden, da für das Jahr 2007/08 immer mit 253 Schüler gerechnet werde.

Herr **Brüggemann** sagte, man erhoffe sich von der Nutzung der Räume des Jugendzentrums, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung, erhebliche Einsparungen, denn ein neuer Anbau würde rund 480.000 € kosten. In der Sitzung des Rates hätten alle Fraktionen dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt. Im Übrigen sei durch die Medien bekannt, dass die SPD-Fraktion einen Antrag auf den Weg bringen wolle, mit dem Ziel, über ein externes Gutachten die gesamte Schulraumsituation in Kamen zu analysieren und ein Konzept zur Weiterentwicklung der Schulräume vorzulegen. Auch das sei der Hintergrund der Überlegung, jetzt Schulraum für die Käthe-Kollwitz-Schule bereitzustellen unter Verzicht auf aufwändige Investitionen. Mit Vorlage des Gutachtens sei dann über ein endgültiges Gebäudekonzept zu entscheiden. Daher sei auch zunächst nur eine temporäre Nutzung des Jugendzentrums Heeren Überlegung im Rahmen des Prüfauftrages an die Verwaltung. Das Ergebnis des Prüfauftrages aus jugend- und schulpolitischer Sicht sei abzuwarten. Erst danach sei eine qualifiziertere parlamentarische Beratung und Entscheidung zu erwarten. Heute trage die Verwaltung lediglich im für die Jugendhilfe zuständigen Fachausschuss als Zwischenbericht zum Stand der Überlegungen im Fachbereich Jugend vor.

Frau **Scharrenbach** wies darauf hin, dass aufgrund dieser Thematik von der CDU-Fraktion angeregt worden sei, gemeinsame Sitzungen durchzuführen, um sich intensiver mit dem Thema auseinander setzen zu können. Die CDU-Fraktion sei gegen eine temporäre Lösung, denn die demographische Entwicklung würde sich im Bereich der Sonderschulen nicht in dem Umfang auswirken wie bei den anderen Grundschulen. Die Fraktion habe außerdem lediglich der Prüfung zugestimmt.

Frau **Lungenhausen** meinte, die ersten Gespräche mit der Evangelischen Kirchengemeinde würden schon positive Ansätze für die Weiterführung der offenen Jugendarbeit darstellen. Man müsse jetzt abwarten, wie die Jugendarbeit gegebenenfalls organisiert werden könne.

Frau **Scharrenbach** führte an, dass die CDU-Fraktion bisher immer die verstärkte Zusammenarbeit mit den freien Trägern angestrebt habe. Aus ihrer Sicht könnten die beiden Punkte Erweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule und Schließung des Jugendzentrums mit ihren Konsequenzen nicht isoliert betrachtet werden, so dass eine gemeinsame Sitzung dringend erforderlich sei.

Zu TOP 3.

21/2003

Mobile Jugendsozialarbeit für junge Migrantinnen und Migranten
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kaczmarek** meinte, es würde sich die Frage stellen, ob dies schon Bestandteil der bisherigen Jugendarbeit wäre und wie diese ausgebaut werden kann.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Verwaltung in ihrem weiteren Bericht belegen werde, inwieweit die Aspekte in der bestehenden Jugendarbeit vorhanden seien und ob zusätzliche Angebote unter Berücksichtigung der Personalressourcen zu realisieren seien.

Frau **Bucek** sagte, dass man auf die Erfahrungen des Jugendkulturcafés zurückgreifen könnte.

Herr **Dunker** entgegnete, dass dabei alle Zentren beteiligt wären.

Frau **Lungenhausen** meinte, es sei eine spannende Frage, ob die Jugendlichen, die mit dem Antrag gemeint seien, auch zu erreichen seien.

Frau **Dyduch** erklärte, der Antrag sei eine Chance, die bestehende Arbeit neu zu überdenken.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausweitung der Jugendarbeit mit Migrantinnen und Migranten über den bestehenden Rahmen hinaus zu prüfen und in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses darzulegen, ob und inwieweit eine mobile Jugendsozialarbeit für die jungen Migrantinnen und Migranten zusätzlich realisiert werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Offene Ganztagsschule im Primarbereich
hier: - Sachstandsbericht der Verwaltung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 10.02.2003

Herr **Brüggemann** erläuterte zunächst, was unter dem Begriff Ganztagschule zu verstehen sei. Hier unterscheide man unter offener und gebundener Ganztagsschule. Durch den Erlass sei aber die offene Ganztagschule in der Diskussion und Vorbereitung. Die offene Ganztagschule sehe vor, dass der Unterricht nach Lehrplan überwiegend am Vormittag stattfände. Das Nachmittagsangebot solle eine Hausaufgabenhilfe, verschiedene Projekte, pädagogische Betreuung, Neigungs- und Hobbyangebote und natürlich ein gemeinsames Mittagessen beinhalten. Bisher biete die Stadt Kamen den schulpflichtigen Kindern Angebote im Rahmen der Hortgruppen in Kindertageseinrichtung, dem SiT-Programm und der verlässlichen Grundschule an.

Wenn die Kommunen das Angebot der offenen Ganztagsschule wollen, müssten zugunsten dieses Angebotes alle bestehenden Angebote aufgegeben werden. Es sei nach Literatur zum Erlass vorgesehen, dass bis 2006/2007 25% der Schüler an 75% der Grundschulen das Angebot der offenen Ganztagsschulen in Anspruch nehmen können. Dabei solle die

pädagogische Qualität höher liegen als bei 13 plus. Das Personal soll sich aus Lehrer/innen, Sozialpädagogen/innen, Erzieher/innen und ehrenamtlichen Mitarbeitern zusammensetzen. Die Kinder, die derzeit in bestehenden Maßnahmen seien, hätten auch weiter einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz.

Basis für die Förderung der offenen Ganztagsschule wären die Personal-Istkosten am Vormittag, die mit 2044 € kalkuliert wurden. Für den Nachmittag würde sich ein Zuschlag von 60% ergeben, also 1230 € pro Schüler und Jahr. Die 1230 € würden die 100 % der Finanzierung darstellen. Die Landesförderung betrüge 66%, also 820 € oder 615 € und 0,1 Lehrerstellen pro 25 Schüler. Der Eigenanteil betrüge somit 33%. Dieses Drittel setze sich aus den Elternbeiträgen, Eigenanteilen freier Träger und kommunalen Eigenmitteln zusammen. Der Elternbeitrag solle nach dem Einkommen gestaffelt sein und werde wohl durchschnittlich 30 € betragen. Der maximale Elternbeitrag pro Monat betrüge 100 €.

Dieses Jahr könnten Anträge bis zum 31.05.03 gestellt werden. Dieses käme aber für die Stadt Kamen dieses Jahr nicht in Frage, da die Zeit zu kurz wäre, um Diskussionen mit den Schulen, freien Trägern, Sportvereinen usw. führen zu können und den Bedarf abzufragen. Die Verwaltung empfehle daher eine andere Zeitleiste als in dem Antrag gestellt wurde.

Frau **Bucek** meinte, dass sie die offene Ganztagsschule für sinnvoll halte und die Stadt Kamen sich nach einer Prüfung schnellstmöglich daran beteiligen sollte.

Herr **Kampmann** sagte, es wäre ein Problem der offenen Ganztagschule, dass nicht alles aus einem Guss wäre. In dem Erlass wären noch zu viele Ungereimtheiten. Auch würden 0,2 Lehrerstellen für 50 Kinder gerade einmal 5 Arbeitsstunden in der Woche abdecken.

Herr **Maidorn** äußerte, dass der Erlass zur offenen Ganztagsschule auf jeden Fall keine Antwort auf Pisa darstelle. Des Weiteren stelle sich die Frage, inwiefern die Eltern sich den Beitrag und die zusätzlichen Kosten für ein Mittagessen leisten könnten. Die Diskussion über die offene Ganztagschule solle in einem viel breiteren Rahmen stattfinden.

Frau **Lungenhausen** wies darauf hin, dass eine gemeinsame Sitzung durchaus sinnvoll sei. Des Weiteren sollte die Zeitschiene für die offene Ganztagschule erweitert werden.

Herr **Kaczmarek** meinte, ein solches Konzept in Zusammenarbeit mit Vereinen und Sportvereinen werde nicht erst seit Pisa diskutiert.

Frau **Scharrenbach** führte an, eine offene Ganztagschule wäre nur mit qualifiziertem Lehrpersonal sinnvoll. Es solle sich schließlich nicht nur um eine Verwahrung der Kinder handeln. In der Kürze der Zeit wäre eine Prüfung zur offenen Ganztagschule nicht leistbar. Insgesamt würde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen, da sie insgesamt mit dem Erlass nicht einverstanden sei.

Frau **Dyduch** meinte, dass das Wort „umgehend“ aus dem Antrag zu streichen sei, da eine Prüfung zur offenen Ganztagschule in so kurzer Zeit nicht leistbar wäre.

Frau **Bucek** erklärte, die offene Ganztagschule sei ein Einstieg, um eine pädagogische Infrastruktur zu schaffen.

Frau **Dyduch** sagte, der unmittelbare Druck auf die Stadt Kamen sei momentan nicht so groß, da schon qualifizierte Angebote vorhanden wären.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Prüfungsverfahren "Offene Ganztagschule im Primarbereich" einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Zu TOP 5.

12/2003

Ferienfreizeit für Kinder in Ängelholm / Schweden

Herr **Dunker** erläuterte, dass auch dieses Jahr eine Ferienfreizeit nach Schweden stattfinden würde. Die Freizeit sei für 25 Kinder im Alter zwischen 12 und 15 Jahren ausgerichtet. Die Freizeit koste regulär 450 €. Für einkommensschwache Familien würde sich der Teilnehmerbetrag auf der Basis „Hilfe zum Lebensunterhalt“ errechnen.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

6.1 Mitteilungen

6.1.1 Herr **Brüggemann** berichtete, dass die Arbeitsverwaltung und die Verwaltung eine gemeinsame Anlaufstelle einrichten würden. Hierzu wurden Räume an der Bahnhofstraße 26 angemietet. Diese werden momentan noch umgebaut. Der Betrieb werde zum 01.04. aufgenommen werden. Die Belegschaft setze sich wie folgt zusammen: 1 Mitarbeiter Hilfe zur Arbeit, 1 Mitarbeiter Jugend in Arbeit, 1 Mitarbeiter des Arbeitsamtes, 1 Fallmanager und eine Teilzeitkraft.

6.1.2 Herr **Brüggemann** erklärte, dass am 22.01.03 eine Trägerkonferenz stattfand. Hier wurde die Kindergartensituation und die demographische Entwicklung erläutert. Des Weiteren wurde auf die Einsparungen durch das Haushaltssicherungskonzept und auf die Elternbefragung eingegangen. Herr Kampmann referierte über die Arbeit an Sonderschulen und Frau Krause über das Bielefelder-Screening-Verfahren. Die Träger wünschten darüber hinaus weitere Gespräche zur offenen Ganztagschule.

Herr **Dunker** berichtete über die Leiterinnenkonferenz am 04.03.03. Es wurde der Fragebogen vorgestellt, der von einer Arbeitsgruppe entwickelt worden ist, mit dem der zeitliche Umfang und die Form der Betreuung abgefragt werden soll. Des Weiteren

sei zu sagen, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gewährleistet werden kann, indem die Kindertageseinrichtungen auch über die Platzzahl hinaus Kinder aufnehmen. Auch in der Leiterinnenkonferenz sei über das Bielefelder-Screening-Verfahren berichtet worden. Es sei hier noch über die Sprachförderung diskutiert worden, die von 4 Kindertageseinrichtungen der AWO mit 10 Gruppen durchgeführt würde. Hierzu würde gerade ein Konzept erstellt werden.

- 6.1.3 Herr **Dunker** erklärte, es gäbe schon erste Ansätze zur Planung des Ferienprogrammes 2003. Die konkrete Vorstellung des Ferienprogrammes könnte aber erst in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses mitgeteilt werden.

6.2 Anfragen

Herr **Theis** teilte mit, dass der Weg an dem Spielplatz Luisenstraße von Fahrzeugen benutzt werde und damit in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Herr **Brüggemann** sagte eine Überprüfung durch den Fachbereich Jugend und Soziales sowie dem Baubetriebshof zu.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung
entfällt

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Peske
Schriftführer